

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 20.09.2005 um 18.20 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
2. Bgmin. Gold
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene
Stadtrat Heisel

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein
Stadtrat Schardt
Bgm. Böhm (für Stadtrat Rank)

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Müller
Stadtrat Ferenczy (bis 18.45 Uhr, Ziffer 2 für Stadtrat Schmidt)
Stadträtin Richter (für Stadtrat May)

FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer
Groß

Berichterstatter: Amtsrat Hartner
Rechtsrätin Schmöger
Frau Küspert (Ziffer 2 B)
Oberamtsrat Körner (Ziffer 1)
Herr Tasch, Direktor Siedlungsschule (Ziffer 3)

Protokollführer: Verwaltungsfachangestellter Müller

Als Gäste: Stadtrat Konrad
Stadträtin Sagol (bis 19.37 Uhr)
Stadtrat Mahlmeister
Stadträtin Wachter
Stadtrat Dr. Kröckel

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Rank
Stadtrat May

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnert Oberbürgermeister Moser, dass in heutiger Sitzung die Standortfrage der Ganztagsklassen behandelt werden soll. Dies stehe zwar nicht auf der Tagesordnung, wurde jedoch in der Sitzung am 15.09.2005 mündlich mitgeteilt und anschließend schriftlich nochmals darauf hingewiesen.

Er bittet aufgrund der Dringlichkeit um Beschlussfassung nach § 26 Abs. 2 der Geschäftsordnung, die Tagesordnung um diesen Punkt zu erweitern.

Mit 13 : 0 Stimmen

Aufgrund der bestehenden Dringlichkeit besteht Einverständnis damit, die Standortfrage der Ganztagsklassen mit auf die Tagesordnung zu setzen.

1. Vorlage von Budgetberichten (Stand: 30.06.2005)

- A. Oberamtsrat Körner stellt die Budgetberichte zum 30.06.2005 vor und weist darauf hin, dass sich die Aktualität der Berichte – bedingt durch die heute Vorlage – in Grenzen hält. Erkennbar ist aber, dass sich viele budgetierte Einrichtungen im Rahmen der Budgetentwicklung im „grünen Bereich“ befinden.

Sich ergebende Abweichungen wurden mit den entsprechenden Erläuterungen in den Berichten begründet. Im Rahmen der Abweichungen ist auch darauf hinzuweisen, dass bis zum Ende des Berichtszeitraumes nur die Inneren Verrechnungen der Monate Januar und Februar durchgebucht waren und diese Bearbeitungsrückstände zwischenzeitlich ausgeglichen wurden. Zudem weist er im Rahmen der Abweichungen darauf hin, dass bei verschiedenen Einnahmegruppen der geringe Einnahmestand auf ausstehende Zahlungen der Stadtbetriebe GmbH zurückzuführen ist.

Im folgenden haben die Mitglieder des Finanzausschusses einige Fragen zu den Ausschöpfungen bzw. den Inneren Verrechnungen, wozu Oberamtsrat Körner kurz Auskunft gibt.

Stadtrat Heisel regt an, künftig nur dann Budgetberichte vorzulegen, wenn diese auch aussagefähige Zahlen enthalten. Ziel sollte es seiner Meinung nach sein, den 30.06. grundsätzlich als Berichtszeitraum beizubehalten. Jedoch sollte man in der Lage sein, falls sich Probleme wie in diesem Jahr ergeben, flexibel den Berichtszeitraum – unter Verständigung des Finanzausschusses – auf den 30.09. zu legen.

Oberamtsrat Körner hält dies für sinnvoll.

Stadtrat Müller bittet, bei den kommenden Berichten lediglich die Problemfälle vorzulegen, über die im Gremium dann diskutiert werden kann. Auf die Vorlage aller Budgetberichte kann verzichtet werden.

Oberamtsrat Körner teilt mit, dass man dies Verwaltungsintern bereits diskutiert und auch geplant habe.

B. Mit 13 : 0 Stimmen

Von der Sachinformation der Verwaltung sowie von den vorgelegten Budgetberichten der Organisationseinheiten wird Kenntnis genommen.

2. Budgetabrechnungen für das Haushaltsjahr 2004

- A. Stadträtin Dr. Endres-Paul als Kulturreferentin spricht sich für den Übertrag der erwirtschafteten Budgetmittel aus. Sie bezeichnet die Arbeit der kulturellen Einrichtungen als besonders wichtig für das Leben in der Stadt. Sie gibt zu Bedenken, dass bei allen kulturellen Einrichtungen die Budgetmittel gekürzt worden sind, freut sich aber, dass trotzdem alle ein gutes Ergebnis erreicht haben. Sie bittet, weitere Kürzungen mit Bedacht vorzunehmen, und bezieht sich hiermit vor allem auf die Bücherei, die beim kürz-

lich durchgeführten „Ranking“ einen schlechten Platz belegt hat. Abschließend bezieht sie sich auf Budgets, bei denen ein negatives Ergebnis erlassen worden ist und bittet schon deshalb, die positiven Erträge zu übernehmen.

Oberbürgermeister Moser erwidert, dass das „Ranking“ nicht zum Maßstab genommen werden kann und die Bücherei deshalb nicht schlecht sei. Beim „Ranking“ sind viele Faktoren ausschlaggebend, die eine gute Platzierung rechtfertigen. Zudem weist er darauf hin, dass die erlassenen Fehlbeträge bei dem jeweiligen Budget allesamt nicht managementbedingt waren.

Stadtrat Müller bittet zu beachten, bei den Budgets auch hinsichtlich der Aufgaben zu unterscheiden. Bei der Feuerwehr beispielsweise, als Pflichtaufgabe, wirken sich mehrere Einsätze anders auf die Kosten aus. Zudem stellt er fest, dass zwar bei den kulturellen Einrichtungen gekürzt worden sei, aber trotzdem diese alle noch Einsparungen vornehmen konnten. Um die Finanzen des Haushaltes in den Griff zu bekommen, sollte Maßstab für jede Budgetierte Einrichtung sein, möglichst Sparsam mit den vorhandenen Mitteln umzugehen.

B. Budget der „Alten Synagoge“ Überschuss aus 2004

a) Frau Küspert als verantwortliche für die Alte Synagoge geht kurz auf die Sitzungsvorlage ein. Mit den Überschüssen aus 2002 und 2003 möchte sie Stühle für die Alte Synagoge anschaffen, die ihrer Meinung nach dringend erneuert werden müssen. Sie stellt klar, dass sie mit diesem Antrag nicht die Budgetierungsrichtlinien außer Kraft setzen möchte und bittet, die Summe von 2004 zu 50 % und die Überschüsse aus 2002 und 2003 (14.452,38 €) in voller Höhe für die zweckgebundene Beschaffung der Stühle zu beschließen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer hält dies nicht für sinnvoll, da dies gegen die Budgetierungsrichtlinien geht und man sich somit Konsequenzfälle schafft. Seiner Meinung nach wäre es besser, die Stühle außerhalb des Budgets im Vermögenshaushalt zu beschaffen, als an den Budgetrichtlinien zu rütteln. Zwecks der Überträge sollte es aber bei den 50 % bis zum Jahr 2004 bzw. 70 % im Jahr 2005 bleiben. Die zu übertragende Summe daraus kann dann in den Vermögenshaushalt 2006 für Stühle eingestellt werden.

Auf eine beginnende Diskussion hin, welcher Weg der Richtige wäre bzw. in welcher Höhe die Überschüsse übertragen werden stellt Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer klar, dass die Verwaltung für die Alternative ist, das heißt 8.622,94 € werden übertragen.

Stadtrat Heisel stellt den Antrag, 17.245,88 € für Stühle in den Haushalt 2006 einzustellen.

b) **Mit 1 : 12 Stimmen**

1. Von dem real erwirtschafteten Überschuss aus 2004 in Höhe von 2.793,50 € werden 50 % = 1.396,75 € in 2005 übertragen.
2. Die bereits reduzierten Überschüsse aus 2002 und 2003 in Höhe von 14.452,38 € werden als zweckgebundene Rückstellung in voller Höhe übertragen.

c) **Mit 10 : 3 Stimmen**

Der erwirtschaftete Überschuss aus 2004 in Höhe von 17.245,88 € wird zu 50 % = 8.622,94 € in 2005 übertragen.

d) Stadträtin Wallrapp bittet zu Prüfen, inwieweit die Stühle ausgetauscht werden müssen, oder ob es genügt, den Bezug zu erneuern.

Frau Küspert sichert dies zu.

C. Volkshochschule**Mit 12 : 0 Stimmen**

Der erwirtschaftete Überschuss aus 2004 in Höhe von 7.057,18 € wird zu 100 % zur Tilgung Vorfinanzierung Renovierung Vortragssaal verwendet. Damit verbleiben noch als Restfinanzierungskosten 1.262,65. Dieser Betrag wird auf 2005 übertragen.

D. Budget der Musikschule**Mit 12 : 0 Stimmen**

Die im Haushaltsjahr 2004 nicht verbrauchten Mittel in Höhe von 18.509,63 € werden laut Budgetrichtlinien zu 50 % in Höhe von 9.254,82 € wie folgt erneut bereitgestellt.

- | | |
|---|------------------------|
| a) Verwaltungshaushalt bei HSt. 3331.5020
(Unterhalt nichteigener Gebäude) | in Höhe von 5.00,00 € |
| b) Verwaltungshaushalt bei HSt. 3331.5390
(sonstige Mieten und Pachten) | in Höhe von 1.200,00 € |
| c) Verwaltungshaushalt bei HSt. 3331.6329
(sonst. versch. Betriebsaufwand – Werbung) | in Höhe von 1.000,00 € |
| d) Vermögenshaushalt bei HSt. 3331.9350
Erwerb von bewegl. Sachen des Anlagevermögens) | in Höhe von 1.554,82 € |

E. Budgetabrechnung der Stadtbücherei**Mit 12 : 0 Stimmen**

Die nicht verbrauchten Mittel aus dem Budget der Stadtbücherei im Haushaltsjahr 2004 in Höhe von 8.624,20 € werden auf das Haushaltsjahr 2005 übertragen.

Die zu übertragenden Mittel werden im Verwaltungshaushalt und im Vermögenshaushalt 2005 bei folgenden Haushaltsstellen berücksichtigt:

HSt. 0.3521.5040 (Unterhalt betriebstechnischer Anlagen)	1.110,00 €
HSt. 0.3521.6329 (Sonst. versch. Betriebsaufwand)	614,20 €
HSt. 0.3521.4140 - 4590 (Personalkosten)	1.000,00 €
HSt. 1.3521.9350 (Bewegliches Vermögen)	5.900,00 €

3. Standortfrage

Einbau eines Speisesaals mit Nebenräumen für die Ganztagsklassen in die DPE-Schule oder
Neubau eines Speisesaales mit Nebenräumen und einem Verbindungsgang an der Hauptschule Siedlung

- A. Amtsrat Hartner erläutert kurz, dass die Grundsatzentscheidung hinsichtlich der Ganztagsklassen in der Sitzung am 21.07.2005 gefallen ist und es in heutiger Sitzung um die Standortentscheidung gehe. Nach Mitteilung des Schulamtsdirektor Rauh sind beide Konzepte zur Einrichtung von Ganztagsklassen geeignet.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß geht ausführlich auf den Ausbau sowie die Kosten beider möglicher Standorte ein.

Stadträtin Dr. Endres-Paul als Schulreferentin freut sich zunächst, dass die grundsätzliche Entscheidung zu den Ganztagsklassen positiv ausgefallen ist. Bezüglich der Standortfrage kann sie die Kostenschätzung nicht als alleiniges Entscheidungskriterium sehen, da es sich nur um Schätzungen handelt. Sie spricht sich klar für die Siedlungsschule als Standort aus, da durch den bestehenden M-Zug in der D. Paul-Eber-Schule sonst ein Ungleichgewicht entstehen würde.

Stadtrat Müller schließt sich den Äußerungen der Schulreferentin an. Bei der Kostenschätzung hält er die Verbreiterung der Feuerwehrezufahrt für unnötig, weil die bestehende seiner Meinung nach ausreicht. Zudem kann durch Planungsänderung auf den Verbindungsgang verzichtet werden, so dass die Kosten nochmals verringert werden.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß antwortet, dass es sich lediglich um Schätzungen und Planungen handelt, die gemeinsam mit der Schulleitung erstellt worden sind, aber durch andere evtl. bessere Möglichkeiten auch wieder abgeändert werden können.

Stadtrat Heisel spricht sich aus Gründen der Gleichbehandlung für die Siedlungsschule aus und stellt fest, dass die Standortfrage eine rein politische Entscheidung darstellt.

Oberbürgermeister Moser gibt zu Bedenken, dass die Folgekosten bzw. die Schülerbeförderung bei der Entscheidung auch berücksichtigt werden muss. Diese werden aufgrund der 3 km Regelung bei der D. Paul-Eber-Schule geringer ausfallen, da das Einzugsgebiet der D. Paul-Eber-Schule (ohne Beförderungsanspruch) größer ist als das der Siedlungsschule.

Auf die Anregung von Amtsrat Hartner geht Herr Tasch, Direktor der Siedlungsschule, kurz auf den Raumbedarf der Schule in der Siedlung ein. Seiner Meinung nach werden sich keine Raumprobleme zeigen, wie die Entwicklung der letzten Jahre ergeben hat. In der Hauptschule rechnet er nicht mit zusätzlichen Klassen aufgrund der Einführung des Ganztagsklassen. Für den weiteren Bedarf an Klassenzimmern in der Grundschule stünden dieser noch der Musikraum und ein EDV genutzter Raum zur Verfügung.

Stadtrat Weiglein geht nochmals auf die Folgekosten ein. Seiner Meinung nach müssen diese bekannt sein, um in den Fraktionen bzw. Gruppen die Angelegenheit beraten zu können.

Amtsrat Hartner geht daraufhin kurz anhand einer Folie auf die vermuteten Folgekosten an beiden Schulen ein. Seiner Meinung nach werden sich die Kosten bei beiden Möglichkeiten nahezu gleich beziffern. Geringe Unterschiede werden sich nur aufgrund der unterschiedlichen Konzepte ergeben, die individuell erstellt werden müssen.

Hinsichtlich der Beförderungskosten teilt Oberbürgermeister Moser mit, dass aufgrund der unbekanntenen zu befördernden Schülerzahlen keine Kostenschätzung ergehen kann.

Abschließend teilt Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer mit, dass eine Förderung von 90 % utopisch, jedoch eine Förderung von 60 % aus heutiger Sicht realistisch sei.

B. Ohne Abstimmung

Oberbürgermeister Moser gibt den Punkt zur weiteren Beratung in die Fraktionen bzw. Gruppen.

4. Ziegelbergstraße 30 Natursteinarbeiten, Kenntnisnahme

Ohne Abstimmung

1. Den Auftrag für die Natursteinarbeiten in der Ziegelbergstr. 30 erhält die Fa. Krämer/Hofmann Steinwerk GmbH, 97199 Ochsenfurt.

Die Auftragssumme schließt mit 39.462,04 €, einschl. 16 % MwSt.

2. Die erforderlichen Mittel stehen bei den HH-Stellen 0.1300.5010 und 0.8801.5010 zur Verfügung.

5. Umbau und Sanierung Archiv und Museum
Schreiner- und Glaserarbeiten, Kenntnisaufnahme

Ohne Abstimmung

1. Den Auftrag für die Schreiner- und Glaserarbeiten im Archiv und Museum in Kitzingen erhält die Fa. Berthold Zinnhobel, 97218 Gerbrunn.

Die Auftragssumme schließt mit 139.459,84 €, einschl. 16 % MwSt.

2. Die Haushaltsmittel in der erforderlichen Höhe stehen bei der HH-Stelle 1.3200.9450 zur Verfügung.

6. Gewerbegebiet „Großlangheimer Straße Nord“:
Auftragsvergabe Maschinentechnik

Ohne Abstimmung

Die Firma KSB, München erhält als preisgünstigster Bieter der beschränkten Ausschreibung vom 06.09.2005 den Auftrag zur Ausführung der Maschinentechnik des PW 408 und des RKB 998 in Höhe der Angebotssumme mit Wertung des Nebenangebotes Nr. 2 von 38.096,20 € incl. 16 % MwSt.

7. Kalkulatorische Kosten:
Anpassung des kalkulatorischen Zinssatzes bei kostenrechnenden Einrichtungen

Mit 12 : 0 Stimmen

Der Zinssatz für die Verzinsung des Anlagekapitals wird von bisher 7 % auf 6,5 % gesenkt.

8. Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen:
Erhöhung des Verwaltungskostenbeitrages an die Stadt Kitzingen

Mit 12 : 0 Stimmen

Der Erhöhung des Verwaltungskostenbeitrages ab 01.01.2006 von der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen an die Stadt Kitzingen von bisher 1.022,58 € auf 1.500,00 € wird zugestimmt.

9. Anfrage von Stadtrat Müller
Befreiung im Bebauungsplan Bereich Bahntrasse Hafen

Stadtrat Müller ist von den Käufern der Grundstücke (ehem. Stadtbetriebe GmbH) im Bereich der Bahntrasse am Hafen angesprochen worden, dass diese auf Anfrage im Bauamt einen Grünstreifen von 10 m – kulanterweise 5 m - freihalten müssen. Er spricht seinen Unmut darüber aus, dass ein Käufer eines Streifens mit 5 m diesen nun komplett eingrünnen müsse.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß entgegnet, die Auskunft des Bauamtes sei grundsätzlich richtig gewesen, da dies im Bebauungsplans festgesetzt worden ist. Seiner Meinung nach wäre die einzige Möglichkeit, ein Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes zu beschließen. Er hält einen Meter als Eingrünung für sinnvoll. Er weist aber auch darauf hin, dass bei einem Grundstück ein Grünstreifen von 3 m vertraglich festgelegt worden ist, bei dem die Befreiung nicht gelten kann.

Oberbürgermeister Moser fragt nach, ob man einen Beschluss hinsichtlich der Befreiung fassen kann.

Mit 13 : 0 Stimmen

Im Geltungsbericht des Bebauungsplans Bahntrasse/Hafen besteht hinsichtlich einer Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplan Einverständnis.

In diesem Bereich wird die Eingrünung von 10 m auf einen Meter verkürzt.

Die bestehende vertragliche Regelung mit einem Grundstückseigentümer von 3 m Eingrünung ist hiervon nicht betroffen.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 19.45 Uhr.

Oberbürgermeister
gez.
Moser

Protokollführer
gez.
Müller